

Kopie für die Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD



EMBASSY OF SWITZERLAND

532.21 - KJ/mi
562.041

Ref.:

*Jacobi**Ullmann*

WASHINGTON 8 D.C.,

2900 Cathedral Avenue N.W.
Telephone HO 2-1811/7

15. April 1966

Ausser KurierAn die Handelsabteilung des
Eidg. Volkswirtschaftsdepartements

3003	B	e	r	n	p	M	D			a/a
Datum	26.4									29.7
Visa	Pr.	✓								X
EPD							22.4.66		11	
Ref.	S.C.H. Am. III. O.									

Antrittsbesuch bei
Assistant Secretary Solomon

Herr Botschafter,

Am 7. April hatte ich Gelegenheit, in Begleitung der Herren Gelzer und Jacobi Herrn Anthony M. Solomon, Assistant Secretary for Economic Affairs des Staatsdepartements meinen Antrittsbesuch abzustatten. Auf amerikanischer Seite waren ebenfalls Herr Joseph A. Greenwald, Deputy Assistant Secretary, International Trade Policy and Economic Defense des Staatsdepartements und Herr Foley, Swiss Desk Officer zugegen. Herr Solomon erschien mit einiger Verspätung zur Verabredung, da er an einer Kabinettsitzung, welche Textilfragen gewidmet war, teilnahm.

Zu Beginn des Gesprächs unterstrich ich die gemeinsamen Ziele der amerikanischen und schweizerischen Handelspolitik, die ihren Ausdruck in den Bestrebungen nach einer weltweiten Handelsliberalisierung auf der Meistbegünstigungsbasis finden. Dementsprechend hob ich die erstrangige Bedeutung hervor, welche die schweizerische Regierung einem vollen Gelingen der Kennedy-Runde beimisst. Ohne sich auf Details dieser GATT-Verhandlung einzulassen, erklärte Herr Solomon, dass die neuesten Nachrichten aus dem Brüsseler EWG-Hauptquartier etwas ermutigender tönten. Allerdings bedauerten die amerikanischen Stellen, dass die Konkretisierung der EWG-Offerte für Getreide am Widerstand Frankreichs gescheitert sei. Die abschliessende Lagebeurteilung Herr Solomons über die Kennedy-Runde, die er in die Worte kleidete: "Wo ein Wille ist, ist ein Weg", quittierte ich mit der Bemerkung, dass dieser Wille auf der schweizerischen Seite seit Anbeginn bestanden habe und weiterhin bestehen werde.

Kopie: p.c.H. Am. III. O. (u.g. 1)

- 2 -

Dies gab mir Gelegenheit, auf die Frage der Uhrenzölle einzutreten. Herr Solomon äusserte sich in einer unverbindlichen Weise zu diesem Problemkreis. Er erwähnte den Besuch, den ihm vor einigen Monaten Herr Minister Weitnauer gemacht hatte und den er in bester Erinnerung hat. Er gab auch seiner Genugtuung darüber Ausdruck, dass seine persönliche Armbanduhr nunmehr wieder sehr präzise gehe. Nach diesem einleitenden Wortwechsel hob Herr Solomon das uns bekannte Problem der Koordination der Ansichten der verschiedenen amerikanischen Verwaltungszweige in der Uhrenfrage hervor. Auch er unterstrich in Uebereinstimmung mit Botschafter Roth (vergleiche mein heutiges Schreiben über meine Unterredung mit dem Vorgenannten) die Bedeutung, welche meinen Antrittsbesuchen bei den am Uhrenfall interessierten Regierungsmitgliedern zukommt; in erster Linie erwähnte er den Secretary of Labor, Herrn Wirtz. Auf meine Bemerkung, dass in der gegenwärtigen Expansionsphase der amerikanischen Wirtschaft das Problem der Arbeitslosigkeit an Bedeutung eingebüsst habe, erwiderte Herr Solomon, dass der Prozentsatz von Arbeitslosen weiterhin bedeutsam sei. Immerhin ging er mit mir einig, dass die Verschiedenartigkeit der statistischen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit internationale Vergleiche auf diesem Gebiet kaum zuliesse.

Wie Sie wissen, ist Herr Solomon an den Fragen des West-Ost-Handels persönlich stark interessiert. Ich erinnere an die Ausführungen, welche er vor einigen Monaten an einem EFTA-Luncheon über diesen Problemkreis machte und über welche die Botschaft Ihnen seinerzeit berichtete. Auf meine Frage nach dem gegenwärtigen Stand dieser Angelegenheit erklärten unsere amerikanischen Gesprächspartner folgendes: Die Administration ist gegenwärtig an der Ausarbeitung einer Gesetzesvorlage, welche eine Ausweitung des West-Ost-Handels zum Ziele hat; diese Ausweitung wird jedoch in keiner Weise das Cocom-System modifizieren und ausschliesslich den Handelsaustausch nichtstrategischer Güter zwischen den USA und den osteuropäischen Staaten zum Gegenstand haben. Von einer allfälligen Handelsliberalisierung werden somit die kommunistischen Staaten Asiens ausgeschlossen bleiben. Da die Gesetzesvorlage der Administration "controversial" sei und im Herbst dieses Jahres Wahlen stattfinden, hält Herr Solomon es für wenig wahrscheinlich, dass die "Bill" noch im laufenden Jahr dem Kongress eingereicht werde.

Das nächste Gesprächsthema war den Präferenzen der Industriestaaten zu Gunsten der Entwicklungsländer gewidmet. Eingangs unterstrich ich die Gemeinsamkeit der amerikanischen und schweizerischen Haltung auch auf diesem Gebiet und versuchte zu sondieren, ob sich Änderungen in der bisherigen amerikanischen Politik in dieser Frage abzeichneten. Herr Solomon sagte mir, dass er grosse Hoffnungen in das Resultat der von der OECD eingesetzten Vierer-Arbeitsgruppe, in welcher die USA von Herrn Greenwald vertreten werden, setze. Der Bericht dieses Ausschusses sollte in aller Objektivität sämtliche Vor- und Nachteile der Präferenzen zu Gunsten von Entwicklungsstaaten aufzeigen. Ohne das Resultat dieser Untersuchung vorweg nehmen zu wollen, hält

./.

- 3 -

Herr Solomon dafür, dass die Nachteile die Vorteile bei weitem überwiegen. Die Nachteile sieht er in erster Linie in der Verletzung der Meistbegünstigungsklausel, in der Ausweitung des wirtschaftlichen Regionalismus und in den hieraus resultierenden, kompartimentierten Blockbildungen "Nord-Süd". Andererseits sind sich die amerikanischen Amtsstellen des politischen Druckes, der von den Entwicklungsländern in der UNCTAD in der Präferenzfrage ausgeübt wird, voll und bewusst. Sie schliessen deshalb transitorische Zugeständnisse nicht zum vornherein aus, betrachten eine solche Lösung jedoch lediglich als Ventil um diesen politischen Druck abzulassen. Konkrete Angaben über solche Ueberbrückungsmöglichkeiten wurden allerdings nicht erwähnt. Dagegen hob Herr Solomon die Bedeutung der Vorschläge von Generalsekretär Prebisch hervor, welche eine nichtgestaffelte, d.h. sofortige Inkraftsetzung der Resultate der Kennedy-Runde zu Gunsten der Entwicklungsstaaten zum Gegenstand haben. Auf meine Frage nach den Möglichkeiten der amerikanischen Verwaltung diesem Plan Folge zu geben, erwiderte mein Gesprächspartner, dass dies eine Abänderung des Trade Expansion Act bedingen würde, mit andern Worten müsste der Kongress hierüber beschliessen. In diesem Zusammenhang warf mein wirtschaftlicher Mitarbeiter ein, dass die Idee einer sofortigen integralen Inkraftsetzung der Resultate der Kennedy-Runde nicht neu sei, sondern erstmals bereits vom Generaldirektor des GATT anlässlich eines Vortrages in Zürich erwähnt wurde. Bei dieser Gelegenheit hatte Herr Wyndham White allerdings nicht die Beziehungen zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern im Auge, sondern vielmehr die Erleichterung der intraeuropäischen Handelsbeziehungen. Meine Gesprächspartner waren nicht sonderlich erbaut, von dieser Idee, welche ihnen nicht bekannt war, zu hören, und meinten, dass auf diese Weise die Beziehungen zwischen der EWG und der EFTA kaum verbessert werden könnten. Ihre Unwissenheit über die vom GATT-Generaldirektor seinerzeit geäusserten Vorschläge, welche übrigens in einem auch Ihnen bekannten GATT-Dokument enthalten sind, rechtfertigten sie mit der Bemerkung, dass Botschafter Blumenthal ihnen nur "nice things" aus dem Munde von Herrn Wyndham White rapportiere.

Nachdem ich nochmals meiner Hoffnung Ausdruck gab, dass die U.S.A. in der Frage der Präferenzen ihre mit der schweizerischen identische Auffassung beibehalten würden, erwiderte Herr Greenwald, dass anlässlich der Abstimmung im Rahmen der soeben zu Ende gegangenen GATT-Session die U.S.A. als einziges Land gegen die Gewährung eines "Waivers" zu Gunsten der australischen Präferenzen gestimmt hätten. Es war uns ein Leichtes, das Fehlen einer schweizerischen Stellungnahme damit zu begründen, dass zum Zeitpunkt dieser Abstimmung die Schweiz noch nicht im Genuss des Stimmrechtes im GATT war. Diese Erklärung gab Herrn Greenwald Gelegenheit, seiner Befriedigung darüber Ausdruck zu geben, dass nunmehr die Schweiz als Vollmitglied an den Arbeiten des GATT teilnehmen könne. Bei dieser Bemerkung verfehlte er nicht darauf hinzuweisen, dass die Zustimmung der U.S.A. zum schweizerischen

./.

- 4 -

Vollbeitritt nicht ohne interne Schwierigkeiten erfolgt sei und anlässlich der Festlegung des amerikanischen Standpunktes in dieser Frage ein Departement - zweifellos wird es sich um das Landwirtschaftsministerium gehandelt haben - überstimmt werden musste. Wie das Beispiel der australischen Präferenzen zeigt, wird die Ausübung unseres Stimmrechtes im Forum des GATT unsere Vertreter in gewissen Fällen vor heikle Situationen stellen. Ich weiss, dass dieses Problem Ihnen bestens bekannt ist, wollte aber nicht verfehlen, Ihnen zu illustrieren, wie aufmerksam die USA-Delegierten das Verhalten der Schweiz in der Auseinandersetzung mit der "Dritten Welt" verfolgen.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

F. SCHNYDER